

# Posener Zeitung.

Achtundachtzigster Jahrgang.

Annoncen.  
Annahme-Bureaus.  
In Posen außer in der  
Expedition dieser Zeitung  
(Wilhelmstr. 17)  
bei C. H. Ulrich & Co.  
Breitestraße 14.  
In Gnesen bei Th. Spindler,  
in Grätz bei L. Streisand,  
in Meseritz bei Ph. Matthias.

Annoncen.  
Annahme-Bureaus.  
In Berlin, Breslau,  
Dresden, Frankfurt a. M.,  
Hamburg, Leipzig, München,  
Stettin, Stuttgart, Wien:  
bei G. L. Daube & Co.,  
Haasenstein & Vogler,  
Rudolph Plosser.  
In Berlin, Dresden, Görlitz  
beim „Invalidendank“.

Mr. 791.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Donnerstag, 10. November.

Absetze 20 Pf. die sechzehnspfennige Petitzelle oder deren Raum, Notizen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1881.

## Amtliches.

Berlin, 9. November. Der König hat den in der landwirtschaftlichen Verwaltung beschäftigten bisherigen Regierungs-Assessor Reichau in Münster zum Regierungsrath ernannt.

## Politische Übersicht.

Posen, 10. November.

Die neueste „Provinzial-Korrespondenz“ hat die beste Hoffnung, daß das Zentrum sich der Regierung gefällig zeigen werde, umso mehr, als es jetzt Aussicht habe, „mit der Regierung zu einer Verständigung über die Interessen der katholischen Kirche zu gelangen“. Gleichwohl reproduziert die „Provinzial-Korrespondenz“ die neueste Enthüllung der „Post“. „Die Kreuzzeitung“ ihrerseits schreibt: „Wir stimmen mit der Post darin überein, daß ein Entschluß des Reichskanzlers, zurückzutreten, um unseres Vaterlandes willen aufs Tiefste zu bedauern sein würde. Es ist aber zu hoffen, daß sich trotz der obwaltenden Verhältnisse ein Weg finden wird, welcher es dem Fürsten Bismarck auch fernerhin ermöglicht, Sr. Majestät dem Kaiser zur Seite zu stehen und die Geschichte des deutschen Reiches in segensreicher Weise zu leiten.“ Nach Beendigung der Stichwahlen wird der Weg ohne Zweifel gefunden werden.

Nach den Intentionen des Zentrums soll der „Kulturkampf“ in irgend einer geeigneten Art vor das Forum des Reichstags gezogen werden. Es wird der Antrag vorbereitet, die aufgehobenen Artikel 15, 16 und 18 der preußischen Verfassung in die Reichsverfassung aufzunehmen. Es geht dies aus Unfragen hervor, die bei verschiedenen Stichwahlen an die Kandidaten gerichtet worden sind, um je nach der Beantwortung die Haftung der Ultramontanen danach einzurichten. In Bittau z. B. hat nach der „Germania“ der fortschrittliche Abgeordnete Buddeberg die Unterstützung der Ultramontanen und seinen Sieg der Erklärung zu verdanken, für Aufnahme dieser Artikel in die Reichsverfassung eintreten zu wollen.

Im Hinblick auf die Thatsache, daß die Konservativen in Breslau für die Kandidaten der Sozialdemokratie gestimmt haben, ist es wohl zeitgemäß, an die vom Minister v. Puttkamer noch vor wenigen Monaten im Reichstage gehaltenen Rede zur Vertheidigung der Denkschrift betreffs der Verhängung des „kleinen Belagerungszustandes“ über Altona zu erinnern; er erntete dafür das laute Bravo der Konservativen. Damals sagte der Minister: „Die deutsche Sozialdemokratie hat offiziell erklärt: „wir sind die Partei des prinzipiellen Umsturzes, wir sind die atheistische und unpatriotische Partei!“ Die Sozialdemokratie habe aufgehört, eine Reformpartei zu sein, sie sei jetzt eine ausschließlich revolutionäre, auf den Umsturz spekulirende Partei, sie habe lebhafte Sympathien mit allen revolutionären Parteien des Auslandes.“ Herr v. Puttkamer schuberte unter der höchsten Entrüstung der Konservativen die großen Gefahren, welche von der Sozialdemokratie, die als Befürchtungen mit den Nihilisten und Königsmördern stehend bezeichnet worden, für Thron und Vaterland zu befürchten seien, und jetzt verbinden sich die Konservativen mit den Sozialdemokraten!

Von München aus war das Gerücht verbreitet, die bairische Regierung beabsichtige, vom Landtage eine ständige Erhöhung der königlichen Civiliste zu verlangen und eine einmalige außergewöhnliche Beihilfe wegen der vom König unternommenen Prachtbauten. Dieses Gerücht wird jetzt für völlig unbegründet erklärt.

Die Steigerung der Matrikularkräfte in dem nächsten Reichshaushaltsetat beträgt 12 Mill. Mark. Aus den von offiziöser Seite verbreiteten Mittheilungen über diesen Etat hatte man bereits erfahren, daß die Einnahmen aus Böllen und Verbrauchssteuern für nächstes Jahr nur um 3½ Mill. höher veranschlagt werden sollten als im laufenden Jahre, während der diesjährige Etat eine Steigerung von nicht weniger als 28 Millionen vorsah. Offenbar ist aber diese Steigerung hinter den Erwartungen zurückgeblieben, d. h. wie die „Danz. Ztg.“ es ausdrückt, die Konsumtionsfähigkeit der Bevölkerung hat in Folge der neuen Zollpolitik abgenommen.

Meldung zu: Aus Wien, 8. November, geht uns folgende telegraphische Mitteilung: „Magyarische Delegation. Nach den (in unserem gestrigen Blatte mitgetheilten) Ausführungen Kallay's erklärte Graf Andrassy, er schließe sich gern der Zustimmung an, welche die Erklärung Kallay's gefunden habe. Aus Erfahrung wisse er, daß die Worte eines Ministers häufig entstellt der Offenheit übergeben würden. Als einfaches Mitglied der Delegation würde er über die irreführende Auffassung seiner Worte geschwiegen haben, wenn nicht er, als ein Minister des Auswärtigen war, den Kaiser nach Venedig bestimmt, und den Grundstein zu der Politik gelegt hätte, welche sich bis heute so glücklich entwickelt habe. Er sei während seiner ganzen Laufbahn als Minister der Überzeugung gewesen, daß die Eintracht und ein inniges freundschaftliches Verhältniß zwischen Italien und Österreich-Ungarn ein großer wichtiger Faktor des europäischen Gleichgewichts sei; er könne daher nicht zugeben, daß seine Worte im Gegensatz zu seiner langen politischen Vergangenheit gedreut würden.“

Redner glaubt, Kallay habe mit der Erwähnung des Irredenta-Bundes denjenigen die Waffen entreißen wollen, welche wegen dessen Wirkens nicht der Aufrichtigkeit der gegenseitigen guten Beziehungen vertrauen, oder deren Dauer anzweifeln. Darum habe er (Andraß) gesagt, daß dieser in seiner Bedeutung überschätzte Bund äußerlich wohl die Annexion einiger österreichischen Provinzen auf seine Fahnen geschrieben habe, daß aber eigentlich sein Wirken ein rein revolutionäres, vor allem ein gegen das politische System Italiens und gegen das monarchische Prinzip gerichtetes sei. Dies sei von jeher seine, des Redners, Überzeugung gewesen und sei es noch heute, die er entschieden vor der Öffentlichkeit wiederhole. In seinem langjährigen Verkehr mit italienischen Staatsmännern habe er keinen einzigen getroffen, der nicht aufrichtig diese Ansicht getheilt hätte. Wie sehr seine in vertraulicher Sitzung abgegebene Erklärung die Verlässlichkeit in den Beziehungen der beiden Länder accentuierte, erhielte schon daraus, daß der Finanzminister Szlavay nur deshalb an seine (Andraß's) Neuersetzung einige Bemerkungen knüpfte, weil derselbe, in Kenntnis der Praxis, voraussah, daß sich bei Gelegenheit der Fortifikationsvorlagen des Heeresausbaues Demand finden könne, der aus seinen Neuersetzung sich eine Waffe schmiedend, die Frage aufwerfe, wozu man für Fortifikationszwecke Geld verausgaben solle, wenn von keiner Seite Gefahr drohe. Er (Andraß) wollte vor Allem unrichtige Mittheilungen gegenüber jeden Zweifel darüber beseitigen, daß es unter den Delegationsmitgliedern ohne Rücksicht der Parteilistung Niemand gäbe, welcher die von zwei Nationen mit aufrichtigster Sympathie begleitete Monarchenbegegnung (allgemeiner lebhafter Beifall) nicht mit ganzem Herzen freudig begrüßt habe und nicht, wie er davon überzeugt sei, daß unter den neuesten politischen Ereignissen kaum eines für Österreich erfreulicher als dieses gewesen. „Ich habe“, schloß der Redner, „dieser Überzeugung entschieden Ausdruck gegeben mit dem Hinzufügen des Bedauerns, daß es dem Baron Haymerle nicht vergönnt war, sich des schönsten Resultats seiner Wirksamkeit persönlich zu erfreuen.“ (Allgemeiner Beifall.)

Die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in Bosnien und der Herzogowina findet in der Budapesti Presse getheilte Aufnahme. Während der Regierung nahestehende „Ellenor“ mit dieser Maßregel vollkommen einverstanden ist, findet das „N. P. Journal“ dieselbe zwar „principiell“ gerechtfertigt, hält jedoch den betreuten Weg für einen verhängnisvollen, der zu bedrohlichen Consequenzen führen könnte. Noch weiter geht „Napolo“, der durch die auf unkonstitutionellem Wege zu Stande gekommene Verordnung die Rechte Ungarns verletzt sieht, hiegegen Protest eingelegt und schließlich fordert, daß dem Provisorium in den offenen Provinzen ein Ende gemacht werde. Was die Unabhängigkeitspartei betrifft, so läßt sich deren Leiborgan, „Gyeteret“, natürlich die Gelegenheit nicht entgehen, um seinen Puritanismus und Patriotismus auf vollen Glanz herauszuputzen. Es entsteht sich über den Gedanken, daß der König von Ungarn je irgendwo auf dieser weiten Welt auf absolutistischem Wege eine Rekrutenaushebung anordnen könne; es entsteht sich aber ebenso sehr über den Gedanken, daß Ungarn je einem fremden Volk und Land ohne dessen Befragung auf dem Wege der Gesetzgebung eine Last auferlegen könne. Auch sieht seine erhitzte Phantasie in den der Wehrpflicht unterworfenen okkupirten Provinzen die neue „Grenze“, aus welcher die Zellac's, Roth's und Strati-mirovic's der Zukunft hervorbrechen werden, um Ungarn zu unterjochen.

Über die Persönlichkeit des Herrn v. Kallay, der bei den letzten Verhandlungen der österreichischen und ungarnischen Delegationen das auswärtige Ministerium vertrat, berichtet man der „National-Zeitung“ das Folgende:

Herr v. Kallay ist Vollblutmagyar mit all den Eigenhümlichkeiten dieser Gattung von Politikern, ein Gegner der Slaven und den Deutschen gegenüber voll ablehnenden Hochmuthes. Richtsdestoweniger sieht man einzelne deutsch-österreichische Blätter für diesen Politiker sich ungemein erbiken; er mag für Österreich zur Nothwendigkeit werden, die nationale Würde möchte vielleicht jenen Organen etwas mehr Zurückhaltung auferlegen, wir glauben nicht, daß die Magyaren im umgekehrten Fall ein ähnliches Schauspiel darbieten würden. Im Nebigen ist Herr v. Kallay ein hochbegabter Mann, seine schriftstellerischen Leistungen als Geschichtsschreiber Serbiens und der russischen Umtriebe in Ungarn gehen über das Mittelmaß weit hinaus; auch seine vielfachen Sprachenkenntnisse kommen ihm ungemein zu Statten. Wenn die österreichische Politik durch einen magyarischen Chauvinisten vertreten werden soll, so ist, was das Maß der Beschwörung betrifft, Herr v. Kallay jedenfalls der am ersten dazu berufene Mann.

In der französischen Deputirtenkammer ist am 8. d. die Interpellationsdebatte über die tunisische Expedition fortgesetzt worden, ohne jedoch zu einem Abschluß zu gelangen. Es waren der ultraradikale Deputierte Naquet und der konservative Abgeordnete De Roys, welchen von dem in jüngster Zeit viel genannten militärischen Schriftsteller Amédée Le Faure unterstützt, das Kabinett Jules Ferry in der tunesischen Angelegenheit der Unwahrheit und Unfähigkeit beschuldigten. Naquet konstatierte auch, daß das gesamme Ministerium solidarisch wäre, so daß nicht etwa der Kriegsminister allein geopfert werden dürfe, Herr Jules Ferry aber auch in dem neuen Kabinett einen Platz finde. Das die letztere Absicht in der That besteht, kann keinem Zweifel unterliegen. Andernfalls wäre es ganz unerläßlich, daß der bisherige Konsellipresident wider allen parlamentarischen Brauch, noch ehe einer der Interpellanten gesprochen haite, auf den vermutlichen Inhalt der Interpellationen replizirte. Seine Rede war unter diesen Umständen weit mehr eine Erwiderung auf die seit geraumer Zeit von den ultraradikalen und konservativen

Organen veröffentlichten Zeitungsartikel, als eine Widerlegung der Interpellationen selbst. Der letzteren Aufgabe mußte sich der Kriegsminister General Farre unterziehen, der sich aber nach den vorliegenden telegraphischen Mittheilungen in keiner Weise zu rechtfertigen vermöchte und nur im Allgemeinen die gegen die Kriegsverwaltung erhobenen Vorwürfe bestreit. Inzwischen hat aber sogar die „R. Rép. fr.“ dem General Farre den Laufpass gegeben, sodaß das Schicksal des ehemaligen Günslings Gambetta's besiegt erscheint. Selbst die fortwährend aus Tunesien einlaufenden günstigen Nachrichten werden daran nichts zu ändern vermögen. Um dem Ministerium Gambetta die Wege zu ebnen, wird die Situation in der Regentschaft jetzt als die günstigste dargestellt. Zahlreiche Tribus sollen ihre Unterwerfung angeboten haben. Bei den Rekoloszirungen, heißt es weiter, stieß man in der Umgebung des Lagers von Teboursuk (nördlich von Kef) auf einige Aufständische, welche ohne Mühe zerstreut wurden. Die Unterwerfung aller Aufständischen im Norden der Regentschaft wird demnächst erwartet. General St. Jean ist in Kairuan wieder eingetroffen; in dem westlich von dieser Stadt gelegenen Gebirge, Djebel-Dusselet, traf derselbe an, alslich keinen Aufständischen. Es bleibt nur abzuwarten, ob alle diese günstigen Symptome auch nach der Konstituierung des Ministeriums Gambetta fortbestehen werden. Bekanntlich wurden auch vor den allgemeinen Wahlen die zuverlässigsten Versionen über die Situation in Tunesien verbreitet, die dann aber durch die Ergebnisse sehr bald widerlegt wurden.

Das offiziöse Organ des Elysée, „La Paix“, behauptet, das Programm Gambetta's enthalte auch, wie der „National-Zeitung“ gemeldet wird, folgende Punkte: Bildung einer Kolonialarmee, ausnahmslose allgemeine Dienstpflicht und Erhöhung der Dienstzeit auf drei Jahre, sowie die Schaffung einer permanenten Armee von 600,000 Mann. Der „National“ will wissen, der Botschafter Tissot habe aus Erfundbrüder die Übernahme des Auswärtigen Amtes abgelehnt. Gambetta beansprucht jetzt, dem Marquis de Noailles dieses Portefeuille zu übertragen; die Justiz werde Gambetta selbst übernehmen. Challemel-Lacour soll das Innere, Jules Ferry das Portefeuille des Unterrichts, Léon San das Finanzressort, General Lœwel das Kriegsministerium und Rouvier das Handelsportefeuille erhalten.

Die „Corr. Havas“ erwähnt als Gerücht, Grévy habe den Fürsten Hohenlohe gefragt, welchen Eindruck ein Kabinett Gambetta in Deutschland machen werde, und Fürst Hohenlohe habe geantwortet, ein solches werde die Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland durchaus nicht beeinflussen, und bei Bismarck zumal „stehe Gambetta in großer Achtung sowohl seiner Äußerungen wegen, als wegen der Energie, die er bei der Organisation der Nationalverteidigung entwickelt habe.“ Gambetta ist vor Allem darauf bedacht, seinem Kabinett von vornherein die Dauer zu sichern und neue Krisen zu verhindern.

## Briefe und Zeitungsberichte.

C. Berlin, 9. Novbr. [Bismarck's Rücktritt.] Die einheitliche liberale Fraktion. Die übliche Berichterstattung redet davon, daß irgend ein neues Ereignis alles Interesse in Anspruch nehme, läge Angesichts des „Post“-Artikels über ein bevorstehendes neues Entlassungsgesuch des Kanzlers nahe; sie würde aber der Wahrheit wenig entsprechen, denn bis jetzt hat der Artikel fast überall nur skeptische Bemerkungen hergerufen. Ob man ihn ernsthafter nehmen wird, nachdem er heute von der „Prov.-Korresp.“ abgedruckt worden, bleibt abzuwarten. Da Niemand an den Rücktritt des Fürsten Bismarck unter der Regierung Kaiser Wilhelm's glaubt, so liegt es nahe, daß man Kombinationen über den anderweitigen Zweck der sensationellen Ankündigung anstellt, resp. eine bisher nicht allgemein bekannte Ursache derselben zu ergründen versucht. Man sagt, das Ergebnis der Wahlen habe an sehr hoher Stelle nicht nur unangenehm berührt, sondern auch Zweifel an der Weisheit desjenigen Vorgehens veranlaßt, welches zu diesem Wahlresultat geführt hat. Unter solchen Umständen könnte ein Entlassungsgesuch allenfalls dazu bestimmt sein oder wenigstens dazu beitragen, eine etwaige leise Träumerei von Beziehungen, welche einer ernstlichen Erschütterung aus bekannten Gründen niemals unterliegen werden, zu beseitigen. In früheren Fällen haben solche Episoden mehrfach dazu geführt, daß Fürst Bismarck in einzelnen, namentlich persönlichen Fragen Wünsche, welche vorher auf Schwierigkeiten gestoßen waren, durchsetzte. Sehr möglich, daß dies auch diesmal das Ende des, wie gesagt, bis jetzt nichts weniger als aufregend wirkenden Zwischenfalls sein wird. — Der von einem auf der äußersten Rechten der Fortschrittspartei stehenden Blatte gemachte Vorschlag, daß die drei Liberalen Gruppen des Reichstags sich alsbald zu einer einzigen Fraktion unter Führung von Bismarck, Forckenbeck und Haniel vereinigen möchten, hat, aus so richtiger Auffassung der politischen Lage im Allgemeinen er auch hervorgeht, vorberhand keine Aussicht auf Verwirklichung; was hier als der

erste Schritt zur Neugestaltung des liberalen Parteiwesens hingestellt wird, dürfte erst als letzter Schritt, nach einer längeren Entwicklung, in Betracht kommen. Für die Bildung einer einzigen parlamentarischen Fraktion sind die Verhältnisse noch nicht reif, weder innerhalb der nationalliberalen, noch innerhalb der fortschrittlichen Gruppe. In der erstenen dürfen durch die gestern seitens der dessauer Wähler erfolgte Beleidigung des Herrn v. Cuny und durch die in Reiz bevorstehende Niederlage des Herrn Marquardsen die Aussichten für eine einheitliche liberale Partei allerdings besser geworden sein, da diese beiden Herren die hauptsächlichsten Vertreter des Dogmas von der Unwandelbarkeit des „national-liberalen Gedankens“ waren. In der Fortschrittspartei wird es, soll anders das liberale Parteiwesen sich besser gestalten, zunächst eines stärkeren Hervortretens des Hrn. Hönel bedürfen, der in der letzten Reichstagsession Herrn Eugen Richter das Feld in der Fraktion vollständig überließ. Der letztere hat sich um dieselbe freilich während der Wahl außerordentliche Verdienste erworben: die erhebliche Vergrößerung der Fortschrittspartei ist, abgesehen von dem Umschlag der Stimmung, ohne den sie nicht möglich gewesen wäre, hauptsächlich Herrn Richter's Werk, dessen unermüdliche Thätigkeit den Stimmungs-Umschlag ausgenutzt hat. Allein die Befähigung zu einer derartigen Wirksamkeit verbürgt noch nicht die zur Führerschaft einer größeren Partei und namentlich zum Zusammenwirken mit anderen Parteien. Herr Hönel hat jetzt die Pflicht, wirklich als der Führer aufzutreten, als der er gewöhnlich nur bezeichnet wird, sich auf die neuen Mitglieder der Fortschrittsfraktion den Einfluss zu sichern, welchen er den alten gegenüber alzu sehr Herrn Richter überließ. Das wird die erste praktische Vorbereitung auf die Bildung einer einzigen liberalen Fraktion sein; man muß mit dem Anfang anfangen.

**Wien, 7. November.** [„Ein Ausgleich?“] Das „Neue Wiener Tagblatt“ brachte dieser Tage einen Aufsatz unter dem Titel: „Ein Ausgleich“, worin gefragt war, daß König Franz II. von Neapel und der Herzog von Parma, um wenigstens einen Theil ihres früheren Vermögens wieder zu erlangen, einen Ausgleich mit der italienischen Regierung angestrebt und auch zu Stande gebracht hätten, wenn auch noch immer zahlreich Eigentumsfragen zwischen den depositirten Fürsten und der italienischen Regierung ungelöst wären, weshalb während der Anwesenheit des Königs Humbert in Wien ein neuer endgültiger Ausgleich geschlossen werden sollte. Dem gegenüber fann die „Bohemian“ aus verlässlichster Quelle versichern, daß die obigen Angaben, soweit sie die Privatinteressen des Königs Franz II. von Neapel betreffen, vollständig unrichtig sind. Dem König Franz II. und seiner Familie werde seit dem Ereignissen des Jahres 1859 ihr Privatvermögen vorenthalten. Wahr sei, daß die italienische Regierung in den letzten Jahren das Heirathsgut der Mutter des Königs Franz II., der Königin Maria Christina, seiner Gemahlin, der Königin Maria Sophia, und der Erzherzogin Isabella, Gräfin von Trapani, zurückgestellt habe; aber außer diesem habe dieselbe, trotz der diplomatischen Verpflichtung Italiens einer auswärtigen Macht gegenüber, nichts zurückgegeben. Was den König Franz II. persönlich betrifft, so sei ihm nicht nur die Erbhaft von seinem Vater Ferdinand II., sondern auch die Rente von 72,000 neapolitanischen Dukaten (d. i. 306,300 Lire Rente oder 6120,000 Lire Kapital), welche das ihm von seiner Mutter, der Königin Maria Christina, geb. Prinzessin des Hauses Savoyen, zugefallene Erbschaftsgut bildet, vorenthalten werden.

## r. Stadtverordnetenstückung

am 9. November.

Bevor in die Tagesordnung eingetreten wird, macht der Vorsitzende, Stadtverordneter B. Jaffé, einige geschäftliche Mitteilungen. Der Magistrat hatte unter dem 31. Januar 1879 einen Antrag an die Versammlung, betreffend die Überleitung der städtischen Polizei an den Magistrat, gerichtet. Ein Beschluss wurde damals von der Versammlung nicht gefasst, vielmehr die Sache einer Kommission zur Beratung überwiesen. Der Magistrat hat nunmehr erklärt, daß er unter den obwaltenden Umständen die Vorlage zurückziehe.

Über die Bewilligung der Mittel zur Anschaffung von Sprührohrläufen berichtet Stadtverordneter Jacoby. Danach hat der Brandmeister der städtischen Feuerwehr, Maklow, die Beschaffung von 50 Rohrläufen nebst Verkupplungen beantragt, da die vorhandenen bereits sehr defekt seien. Der Magistrat hat diesen Antrag befürwortet und zu diesem Behufe die Bewilligung von 2507 M. beantragt; die Kosten würden 4127 M. betragen, die Provinzial-Feuer-Sozietät trägt davon aber 40 Prozent = 1620 M. bei. Der Referent hat die Rohrläufe besichtigt und befürwortet den Magistratsantrag mit der Maßgabe, daß die Vergabe der Lieferung von Rohrläufen und Verkupplungen in Submission vergeben werde, daß ferner fünfzig für die Erneuerung und Instandhaltung der Rohrläufe eine bestimmte Summe im Etat ausgesetzt werde und die noch vorhandenen Rohrläufe repariert und als Reservesrohrläufe benutzt werden. Dieser Antrag wird von der Versammlung angenommen.

Zu Mitgliedern der Erbaskommission für den Stadtbezirk Posen werden gemäß dem Vorschlage der Wahlkommission, über welchen Stadtverordneter Lissner berichtet, gewählt, resp. wieder gewählt: Kaufmann Max Kantorowicz, Kaufmann Sal. Löwison, Konditor Pfister, Buchdruckereibesitzer E. Rössel als Mitglieder, Kaufmann Mich. Herz, Kaufmann Ad. Kantorowicz, Kaufmann W. Kronthal, Kaufmann Fel. Rakowski als Stellvertreter.

Zu Mitgliedern der Pferdemustungscommission werden nach dem Antrage der Wahlkommission, über welchen Stadtverordneter König berichtet, gewählt, resp. wieder gewählt: Posthalter Gerlach, Rentier Schmiedike, Thierarzt Herzberg als Mitglieder, Brauereibesitzer Gumprecht, Rentier Berndes, Kaufmann Jul. Kantorowicz als Stellvertreter.

Zum Vorsitzender für den XI. Armenbezirk wird gemäß dem Vorschlage der Wahlkommission, über welchen Stadtverordneter König berichtet, Kaufmann Benjamin Krayn gewählt.

Zum Mitgliede des gewerblichen Schiedsgerichts wird auf Antrag der Wahlkommission, über welchen Stadtverordneter Siegler berichtet, Maschinenbauer Eckart, zum Stellvertreter Tischler Dworzyński gewählt.

Neben die Wahl der Mitglieder zu der Klassensteuer-Geschäftscommission pro 1882/83, sowie der Mitglieder zu der Klassensteuer-Reklamations-Kommission berichtet Stadtverordneter Lange im Namen der Wahlkommission und werden die von derselben in Vorschlag gebrachten Mitglieder gewählt.

Zum Mitgliede des Waisenraths wird auf Antrag der Kommission, über welchen Stadtverordneter König berichtet, Baumeister Hartmann gewählt.

Zum Vorsitzender für den VI. Armenbezirk wird an Stelle des Kaufmanns Möbius, welcher sein Amt niedergelegt hat, der Apotheker Wachsmann (bisheriger Stellvertreter), zum Stellvertreter Kaufmann Hempel gewählt.

Über die Entlastung der Rechnung über den Neubau der Wallstraße berichtet im Namen der Baukommission Stadtverordneter Prausnitz. Derselbe weist darauf hin, daß die Rechnung vor längerer Zeit der Versammlung zugegangen und von dieser der Finanz-

Kommission überwiesen worden sei, welche Ertheilung der Decharge beantragt habe. Die Versammlung habe jedoch die Angelegenheit nochmals der Baukommission überwiesen; diese habe anerkannt, daß der Chef der städtischen Bauverwaltung den Brückenbau in einem Zustande übernommen habe, welcher die Fertigstellung der Brücke zu der festgesetzten Zeit sehr schwierig mache; es sei aber dies Ziel erreicht worden, wofür die Kommission hiermit ihren Dank ausspreche. Dagegen beantragt sie, die Decharge der Baurechnung zur Zeit noch abzulehnen, bis einige Formalitäten erledigt seien. Dieser Antrag wird angenommen.

Über die Bewilligung der Mehrausgaben für den Neubau der Turnhalle berichtet der Stadtverordneter Prausnitz. Nach der Magistratsvorlage beträgt die Mehrausgabe 4559 M. und es handelt sich darum, daß die Notwendigkeit dieser Ausgabe für Mehrbauten anerkannt werde. Der Referent beantragt, die Angelegenheit zu vertagen, bis vom Magistrat ein Antrag auf Decharge eingegangen sein wird, und die Versammlung beschließt gemäß diesem Antrage.

Die Abzäzanten der Gartenstraße haben an den Magistrat das Gesuch um Pflasterung dieser Straße gerichtet, und sich erboten, einen Beitrag dazu beizusteuern. Es würden nach der Magistratsvorlage die Kosten für Pflasterung und Kanalisation ca. 5760 M. für Beleuchtung jährlich 746 M. betragen. Nachdem Stadtverordneter Prausnitz, welcher über diese Angelegenheit berichtet, den Magistratsantrag befürwortet hat, wird die obige Summe von 5760 M. aus dem Extraordinarium bewilligt.

Für den Rektor der Stadtschule I., welcher bis zum Oktober d. J. bekanntlich Rektor der Stadtschule IV. war, in welcher aus der bisherigen Dienstwohnung des Rektors Schulzimmer gemacht worden sind, hat der Magistrat mit Rücksicht darauf, daß in der Stadtschule IV. keine Dienstwohnung für den Rektor vorhanden ist, für die Zeit vom 1. Oktober 1881 bis Ende März 1882 einen Wohnungszuschuß von 300 M. beantragt, welcher, nachdem Stadtverordneter Lissner über diese Angelegenheit berichtet hat, von der Versammlung bewilligt wird.

Magistrat hatte eine Abänderung des § 46 des Statuts für die städtische Pfandleihanstalt, vom Jahre 1879, dahin beantragt, daß mit Rücksicht auf die vermehrte Geschäftstätigkeit die Deputation für diese Anstalt um zwei Mitglieder vermehrt werde. Doch wird, nachdem Stadtverordneter Lissner hierüber berichtet hat, der Magistratsantrag abgelehnt.

Gezeigt die interimsische Anstellung der Elementarlehrer Surma und Seidler hat die Versammlung nichts eingemessen; ebenso wenig gegen die Niederlassung des Weinhandlers Friedland.

Mit der Verpachtung der Jagd auf den städtischen Wiesen an der Eichwaldstraße pro 1. April 1882 bis 31. März 1885 an den bisherigen Pächter zu dem bisherigen Pachtprice erklärt sich die Versammlung einverstanden.

Zum Schlus richtet Stadtverordneter Brodnitz noch an den Magistrat eine Anfrage in Betreff des Reichsinvalidenfonds-Darlebens, welche vom Stadtrath S. Jaffe beantwortet wird.

Damit erreicht die Sitzung, welche 4 Uhr Nachmittags begonnen hat, 5½ Uhr ihr Ende.

## Vocales und Provinzielles.

Posen, 10. November.

**V. Eisenbahnkongress.** Am Dienstag, den 6. Dezember cr. Vormittags 11 Uhr, findet hier selbst im Saale der Handelskammer die zweite diesjährige Semestral-Eisenbahnkongress zwischen Vertretern der bishierigen Handelskammer, des landwirtschaftlichen Provincialvereins für Posen und Delegirten der in Posen eimündenden Eisenbahnen statt.

— Die Polenkolonie in Berlin — so schreibt das „Berl. Tagebl.“ — ist eine der bedeutendsten nichtdeutschen Niederlassungen in der Reichshauptstadt und zählt zur Zeit 42,600 Seelen. Etwa 36,000 von ihnen kann man — wie uns aus diesem Kreise geschrieben wird — zur streng nationalen Partei rechnen, welche polnische Literatur, Geschichte und Sitten emsig pflegt. Die übrigen hier ansässigen Polen belieben sich nicht aktiv an den speziell polnisch-nationalen Bestrebungen. Die Zahl der hiesigen Polenvereine beläuft sich auf sieben. Es sind: der akademische Verein, der polnisch-katholische, der polnische Arbeiterverein, der polnische Handwerker, der Kaufmännische, der Konferenz- und der Polinnenverein. Die Aufgaben, welche sich diese Vereine gestellt haben, sind Pflege der polnischen Literatur, Sitten und Gebräuche, der Geselligkeit und der Wohlthätigkeit. Letztere betrachten als ihre alleinige Aufgabe der Asyl- und der Konferenz-Verein. Der Asyl-Verein gewährt durchreisenden Polen Oboach und vermittelt für sie Arbeit, ev. gewährt er ihnen Reisegelder. Der Konferenz-Verein dagegen hat sich die Aufgabe gestellt, etwaige Not unter den hier ansässigen polnischen Familien zu lindern. Beide Vereine zählen die vornehmlich hier ansässigen Polen zu ihren Mitgliedern. Die Polizei ließ anfänglich die polnischen Vereine streng überwachen. Sie überzeugte sich aber bald davon, daß in ihnen keinerlei politische Fragen erörtert würden und ließ von da ab die Kontrolle fallen. Die Vereins-Borstände wissen dies zu schämen und halten streng auf Ausschluß jeder politischen Diskussion. Wie uns ein Mitglied der polnischen Kolonie mittheilt, stimmte der größte Theil derselben bei den letzten Reichstagswahlen für die Fortschritts-Kandidaten. Selbst die strenggläubigen Katholiken hätten den Zentrums-Kandidaten Herrn v. Schorlemmer refusirt, nachdem die ostpreußischen Ultramontanen ihr Bündnis mit den Polen gebrochen. Uebrigens schließen die Polen-Vereine, mit Ausnahme des polnisch-katholischen und des Polinen-Vereins, kein Glaubensbekenntnis aus. Die Geselligkeit pflegen sämtliche Vereine durch Kränzchen und Theater-Aufführungen. Der Asyl-Verein veranstaltet zum Besten seiner Kasse am 27. November in den Arminialhallen ein öffentliches Konzert, in welchem die besten Kräfte der Kolonie mitwirken werden.

— **Verbotene polnische Schriften.** Die hiesige königliche Regierung erläßt folgende Bekanntmachung: Auf Grund des § 12 des Reichsgesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21. Oktober 1878 wird hierdurch zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß die nachstehend bezeichneten nichtperiodischen Druckschriften:

- 1) „Wiara socjalistów przez Ludwika Blanka“ przenarzeczył Mieczysław Romański z drukarni krajowej M. F. Poremby we Lwowie 1869,
- 2) „Patriotyzm i socjalizm“ przez Bolesława Limanowskiego Genewa drukarnia polska 1881,
- 3) „Nieprzejednane kierunki“ przełożyl z rosyjskiego E. L. Poznań nakładem autora 1878,
- 4) „Sprawozdanie z Miedzynarodowego zebrania zwolennego w 50 letnią rocznicę Listopadowego Powstania przez redakcję „Równości“ w Genewie 1881,
- 5) „Program socjalistów polskich wschodniej Galicyi“. Lwów, w styczniu 1881 r. Imprimaerie polonaise, chemin neuf, 13 Geneve,
- 6) „Co to jest socjalizm?“ ohne Angabe des Verfassers, Verlegers und Druckorts Lipsk dnia 8 sierpnia 1878,
- 7) Ferdynand Lassale. Kapitał i praca, czili Pan Bastiat-Szulec z Delicza, Julian Ekonomiczny; przełożyl K. W. Lwów, nakładem Antoniego Mańkowskiego 1878,

nach § 11 des gedachten Gesetzes durch die unterzeichnete Landespolizeibehörde verboten sind.

Posen, den 7. November 1881.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

Liman.

r. Die Volkschullehrer der Stadt Posen haben an den Herrn Kultusminister eine Petition gerichtet, in welcher sie um Gewährung der vom Staate genährten Dienstversalzungen für Elementarlehrer bitten. Dieselben betragen nach 12jähriger Dienstzeit 90 Mark, nach 22jähriger Dienstzeit 180 Mark, doch sind die Lehrer der größeren Städte, in welchen eine Gehaltskala besteht, von dieser Bergstufung ausgeschlossen. Die Petenten führen als Hauptmotiv ihres Gelücks die Beschaffenheit der hiesigen Gehaltskala an, nach welcher das Markmaleinkommen in Höhe von 2400 M. inkl. Wohnungsentlastung zur Zeit erst nach 27jähriger Dienstzeit in der Stadt Posen erreicht wird.

— **Postagentur.** Wie uns mitgetheilt wird, tritt vom 16. d. M. ab in dem nahe bei unserer Stadt gelegenen Dorfe Wilda eine Postagentur in Wirklichkeit, welche mit dem Postamt I hier selbst durch eine täglich dreimalige Botenpost Verbindung erhalten soll. Die Gangzeiten dieser Post sind wie folgt festgesetzt:

aus Posen: um 7½ Uhr früh, 12 Uhr 45 Min. Mittags und 5 Uhr Nachmittags;

aus Wilda: um 7 Uhr Vormittags, 12 Uhr Mittags und 6 Uhr Nachmittags.

## Telegraphische Nachrichten.

Berlin, 9. November. In der, unter dem Vorsitz des Staatsministers von Bötticher am 8. d. M. abgehaltenen Plenarsitzung des Bundesrats wurde zunächst eine Vorlage, betreffend die Beglaubigung von Thermo-Aräometern für Mineralöle, dem III. und IV. Ausführungsmodell überwiesen. Sodann machte der Vorsitzende Mittheilung von der königlich spanischen Regierung erfolgten Kündigung des zwischen Deutschland und Spanien bestehenden Handels- und Schiffsfahrervertrages vom 30. März 1868. Ein Antrag wegen Festsetzung des Hubgehalts für einen früheren Postverwalter wurde genehmigt. Der in Aussicht genommenen Einleitung von Verhandlungen, bezüglich Abschlusses einer Vereinbarung mit den Niederlanden wegen gegenseitigen Schutzes der Waarenzeichen, erklärte sich die Versammlung einverstanden. Gemäß den Anträgen der Ausschüsse wurden verschiedene Gesuche von Privaten betreffend die Zollbehandlung zugebaute Schaufelhölzer, die Einführung eines Zolles für Eisenwaren und die Gewährung der Zollfreiheit für Eisenwaren, zurückgewiesen und sein Gesuch, betreffend den Zollabzug für Druckwaren, zur Rückgewiesenheit und seine Gesuch, betreffend den Zollabzug für Zucker eingeführt, vor der Wiederausfuhr kreirte Pferde, in vorbehaltener Begrenzung genehmigt. Die Anträge des III. Ausschusses, betreffend die Ausfuhrvergütung für Zucker in Blöden und des V. Ausschusses, betreffend die Abänderung der Vollzugsbestimmungen zum Eisenbahn-Postgesetz, fanden die Zustimmung der Versammlung. Auf die mündlichen Berichte der Ausschüsse wurden ferner die Entwürfe für 1882/83 der Einnahmen an Zöllen und Verbrauchssteuern, sowie an Stempelabgaben, und der Etats der Reichs-Zollverwaltung, des Reichsdruckerei mit unveränderten Abänderungen genehmigt. Nach Ablehnung des Unterstützungsgegesches eines früheren Postleiters folgten zum Schlusse Mittheilungen des Vorsitzenden über eingegangene auf Grund früherer Beschlüsse des Bundesrats den zuständigen Ausschüssen überwiesene Eingaben, sowie auch die Vorlegung anderer Ausschüsse überwiesene Eingaben.

**Baden-Baden.** 9. Novbr. Die Abreise Ihrer Majestät der Kaiserin nach Koblenz ist für Ende dieser Woche in Aussicht genommen.

**Karlsruhe.** 8. November. Die „Karlsruher Zeitung“ meldet über das Befinden des Großherzogs: Bei der gestrigen Temperatursteigerung erreichte der Puls Nachmittags 4 Uhr 100 Schläge und fiel dann langsam. Das Allgemeinbefinden ist bei größerer Unruhe ein wenig alterirt. Der Schlaf war des Morgens ruhig. Heute ist der Gesamtzustand des Großherzogs von Umständen nach zufriedenstellend.

**Karlsruhe.** 9. November. Das heute über das Befinden des Großherzogs ausgegebene Bulletin lautet: Gestern trat eine sehr wohlthätige Remission ein, während heute wieder eine mäßige Steigerung des Fiebers sich zeigt. Die Nacht war etwas unruhig, das Befinden ist jedoch nicht unbefriedigend.

**Kottbus.** 9. November. Bei der gestrigen Stichwahl wurde Hirschberger (Sezess.) mit ca. 1500 Stimmen Majorität gewählt.

**Nürnberg.** 9. November. Nach dem nunmehr vollständig vorliegenden Resultat erhielt bei der gestrigen Stichwahl Grüninger (Soz.) 12,344, Dr. Günther (Fortschr.) 11,212. Ersterer ist somit gewählt.

**Duisburg.** 9. November. Bei der gestrigen Stichwahl wurde Dr. Hammacher (nationallib.) mit 13,143 St. gewählt, gegen v. Schorlemmer-Alst, welcher 11,119 St. erhielt.

**Wien.** 9. November. Der Kaiser ist heute von Gaboltsgriff hier eingetroffen und hat dem dänischen Kronprinzenpaare im Hotel Imperial einen Besuch abgestattet. — Der Erbgroßherzog Friedrich Franz von Mecklenburg-Schwerin ist heute hier eingetroffen.

**Paris.** 9. November. Deputirtenkammer. Fortsetzung der Verhandlung der Interpellation betreffend Tunis. Der Kommissär präsident Ferry wies die Angriffe Clémenceau's zurück und sagte, das Projekt des tunesischen Crédit foncier sei nicht realisiert worden, bei der Enfida-Angelegenheit sei in durchaus ehrlicher Weise verfahren worden und das Eisenbahn-Unternehmen Bona Guelma sei den französischen Interessen sehr nützlich ein wahrer Glückzug für Frankreich gewesen. Das Kabinett würde Vorwürfe verdient haben, wenn es die nationalen Interessen nicht unterstützt hätte. Der Minister erinnerte an die Aufhebungen gegen den französischen Einstrom. Es sei Zeit gewesen, der geheimen Agitation ein Ende zu machen. Der Minister erinnerte ferner an die Vorgänge an der Grenze; es sei unmöglich geworden, dieselben in Folge der Ohnmacht des Ministers auf freundliche Weise zu begleichen. Das Kabinett habe die bestehende Tradition der französischen Diplomatie befolgt und die französischen Interessen durch den Protektoratsvertrag, welcher Frankreich erlaube, das zu nehmen, was andere Mittel gewesen wären. Dies sei das einzige Mittel gewesen, um die Thür an der Grenze Algeriens für die Eventualität eines orientalischen Konfliktes am mittelländischen Meere zu schützen. — Die Sitzung wurde hiernach aufgehoben.

auten der Gesellschaft durch die Sultane von Brunei und Soulon auf Grund der jährlichen Zahlungen abgetretenen Gebiete von Borneo zu exploittieren.

**New-York.** 8. November. Die Wahlen sind ohne Ruhezeit verlaufen. In dem Staate New-York nehmen die Demokraten eine Majorität von 15,000 Stimmen in Anspruch, in Massachusetts die Republikaner eine solche von 25,000 Stimmen.

**Karlsruhe.** 9. November, Abende. Nach dem amtlichen Bulletin verbrachte der Großherzog die Nacht unruhig, der Tag war besser. Gegen Abend trat Fieberzunahme und größere Benommenheit ein. Der Erbgroßherzog ist von Potsdam eingetroffen.

**Riga.** 9. November. Die Riga'sche Zeitung meldet: D. m Landratskollegium ging heute ein kaiserlicher Befehl des Inhalts zu, daß der Kaiser am 14. September befohlen habe, die Frage über die Art und Weise, wie die Semiflö's einzuführen seien, bear Landtag vorzulegen, wobei lokale Eigenthümlichkeiten und Bedürfnisse unter der Bedingung in Berücksichtigung gezogen werden können, daß die Hauptgrundlagen der Landschaftsverordnung nicht verletzt werden. Die Beschlüsse der Landtage sind mit den Gutachten der Gouvernure dem Minister des Innern einzureichen.

## Definitive Stichwahlresultate.

**Wahltr.** Reg. Be. Westfalen. 5. Arnsberg. Freiherr v. Schorlemer-Alst (Zentrum) mit 20,505 St. gegen Dr. Löwe (liberal) 19,973 St. gewählt.

**Hessen.** 4. Darmstadt-Großgerau. Abgegeben im Ganzen 13,295 St., davon für den Fabrikanten Wilhelm Büchner (Fortschr.) 8577, für Prof. Dr. Karl Thiel (natlib.) 4693 St.

6. Posenheim-Lindenfelde-Neustadt. Abgegeben im Ganzen 14,677 St., davon für Kreisassessor v. Löw (liberal, seiner Partei angehörig) 8739 St., für Provinzialdirektor Küchler (natlib.) 5939 St.

9. Mainz-Dieppenheim. Bei der am 5. d. erfolgten Stichwahl fielen von 15,678 abgegebenen Stimmen auf Liebknecht in Leipzg. (Soz.) 8143, auf Dr. Adolf Philippss in Berlin (Fortschr.) 7529 St.

7. Worms-Herppenheim-Wimpfen. Bei der Stichwahl am 5. d. erhielt von 14,139 im Ganzen abgegebenen Stimmen der Staatsminister a. D. Dr. Falk in Berlin (natlib.) 8462, der Oberlandesgerichtsrath Dr. Frank in Darmstadt (Zentrum) 5954 St. Erster ist jedoch gewählt.

Gewählt Bamberger (Sezess.) mit 8204 St. gegen Heyl (Freikons.), welcher 7771 St. erhielt.

Verantwortlicher Redakteur: v. Bauer in Posen. — Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Anserate übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

**Gewinn-Liste der 2. Klasse 165. kgl. preuß. Glassen-Lotterie.** (Kur die Gewinne über 99 Mark sind den betreffenden Nummern in Parenthesen beigefügt.)

(Ohne Gewähr.)

Berlin, 9. November. Bei der heute fortgesetzten Ziehung sind folgende Gewinne gezogen worden:

640 85 127 64 93 271 85 99 (180) 330 428 46 52 88 95 587  
74 89 93 99 826 94 910 70. 1013 48 93 142 51 63 207 359  
97 87 94 451 (120) 553 54 765 896 994 2010 139 57 94  
973 (120) 326 30 39 41 448 97 542 610 710 32 35 813 26 82  
96 97 84 92 96. 3045 47 89 (120) 108 38 63 91 218 307 33  
92 46 19 40 44 621 32 87 734 62 893 948 92 98. 4046  
298 48 (120) 63 346 453 513 (120) 23 32 87 682 738 44  
903 42 59 (180) 60. 5051 89 168 80 245 51 402 66 (120)  
199 256 (120) 416 71 82 519 638 726 916 22. 7003 106 62  
476 (120) 520 626 30 49 68 93 732 55 61 62 802 82 910  
84 71. 8043 47 107 64 97 236 39 46 52 308 492 524 75 (6000)  
95 225 (120) 76 (150) 754 55 808 (120) 45 927. 9021 72 114  
76 923 53.

10064 (120) 85 112 30 39 63 74 (150) 83 94 261 401 6 22  
34 635 628 75 890 97 944. 11086 202 423 69 578 (120)  
120 97 633 50 772 805 75 905 9 (120). 13010 16 151 72 79  
921 66 79. 14040 56 61 78 123 228 301 87 601 30 712 89  
377 42 63 918 32 80 82 92. 15006 49 129 172 217 60 (150)  
66 425 55 59 97 562 86 621 64 83 93 722 32 (300) 43 825  
92 92 (120) 98 932 92. 16025 104 24 229 35 47 88 99 350  
217 429 40 517 92 609 760 67 72 809 43 54 62 74. 17027 188  
18000 27 65 94 (150) 100 (150) 2 (120) 17 32 (120) 44 58 67 206  
11 29 88 306 42 73 406 44 46 514 (180) 94 617 788 807 20  
480 82 (150) 925 47 81. 19121 34 45 46 295 (120) 332 37  
518 78 (180) 681 709 16 17 860 924 36 (120) 73.

844 49 (150) 79 93 712 74 815 17 (120) 18. 21039 58 69 207  
70 405 57 534 86 601 66 95 846 77 903 9 69. 22065 (120)  
70 130 44 248 52 356 60 90 486 530 606 22 75 84 86 90  
55 96 805 25 912 32 63. 23050 127 50 62 99 (120) 215  
546 737 68 80 (120) 429 45 578 645 60 98 722 72 (150)  
63 710 817 42 90 953 (300). 25004 (180) 78 156 68 (120) 268  
44 49 57 63 (240) 295 99 318 28 (120) 69 74 93 (240) 565 91  
504 (150) 33 40 70 (240) 777 (120) 825 48 74 93 907 53. 27034  
75 106 66 91 (120) 221 (120) 401 4 79 (240) 554 60 93 626 96  
403 918 55. 28006 29 43 68 192 204 28 54 57 58 97 348 86  
73 20 21 52 517 80 94 604 715 21 93 846 94 96 905 31 (1800)  
313 (20) 29005 (120) 18 (120) 32 114 (120) 31 38 42 45 (120)  
920 26 69 81 411 19 69 74 85 572 76 77 604 80 99 832 43 85

88 93 749 80. 31007 33 80 156 68 79 239 62 77 301 (120) 62  
50 401 51 575 665 739 43 (150) 823 25 (150) 97 959. 32179  
232 68 (120) 338 421 66 531 760 813 49 56 969 (120) 82  
684 742 823 49 975 78. 34005 19 24 121 81 202 20 (150) 25  
51 56 340 467 80 91 518 79 615 33 99 761 87 91 809 57.  
35016 93 239 56 311 417 38 515 (120) 23 88 (150) 607 730  
324 62 421 76 (120) 541 65 81 622 33 54 76 84 89 748 64 68  
86 870 76 80 936 47 50 (150) 81 82. 37056 174 90 203 65  
48 463 98 540 626 53 85 762 94 820 98 (150) 994. 38011  
535 40 639 89 700 27 966 75. 39109 72 215 35 96 339 466  
519 32 93 602 59 65 709 61 921 49 (150) 80 (120) 91.  
45 40076 89 206 89 324 434 517 66 82 716 37 48 80 844  
45 (150). 41051 (120) 82 98 212 22 40 60 (120) 372 473 625

4 prozent. ungar. Bodencredit-Pfandbriefe —. Elbthal 243,00 ungarische Papierrente 88,85, ungar. Goldrente 89,60, Buschtierader B.

— Ung. Präm. —. Escompte —. Wien, 9. November. (Abendbörse.) Ungar. Kreditaftien 367,50, österr. Kreditaktien 359,75, Franzosen 324,50, Lombarden 139,00, Galizier 310,00, Anglo-Austr. —. Papierrente 76,47, do. Goldrente —, Marknoten 58,07, Napoleon 9,39, Bankverein —, Elbthal 241,00, ungar. Papierrente —, 4prozent. ungar. Goldrente 89,40, ungar. Goldrente —. Sehr matt.

Paris, 8. November. Boulevard-Vorfehr. 3 proz. Rente 86 20, Anleihe von 1872 117,40, Italiener 89,10, österr. Goldrente —, Türken 14,55, Türkensee 56,00, Spanier inter. —, do. extér. 27, ungar. Goldrente —, Egypter 363,00, 3proz. Rente —, 1877er Russen —, Franzosen —. Ruhig.

Paris, 9. November. (Schluß-Course.) Träge. 3 proz. amortisir. Rente 86,75, 3proz. Rente 86,10, Anleihe de 1872 117,27, Italien. 5proz. Rente 89,10, Österreich. Goldrente 80, 6prozent. ungar. Goldrente 103, 4prozent. ungar. Goldrente 77, 5prozent. Russen de 1779 93, Franzosen 705,00, Lombardische Eisenbahn-Aktien 300,00, Lomb. Prioritäten 285,00, Türken de 1865 14,55, Türkensee 57,50, III. Orientanleihe 62.

Credit mobilier 732,00, Spanier exter. 27, do. inter. —, Suezkanal-Alten. —. Banque ottomane 718,00, Societe gen. —, Credit foncier 1720,00, Egypter 358,00, Banque de Paris 125,00, Banque d'escampe 855,00, Banque hypothecaire —, III. Orientanleihe —.

Londoner Wechsel 25,30, 5proz. Rumänische Anleihe —.

Florenz, 9. November. 5pt. Italien. Rente 91,65, Gold 20,51, Petersburg, 9 November. Wechsel auf London 25,22, II. Orient-Anleihe 90, III. Orientanleihe 90.

London, 9. November. Wegen des Lord Mayors Tag heute keine Börse.

Newyork, 8. November. Der Wahlschein findet heute keine Börse statt.

## Produkten-Course.

Köln, 9. November. (Getreidemarkt.) Weizen hiesiger Loco 25,50, fremder Loco 25,00, per November 24,40, pr. März 23,30, per Mai 23,05, Roggen Loco 21,50, per November 19,05, pr. März 18,00, per Mai 17,40, Hafer Loco 16,75, Rüböl Loco 31,00, pr. Novmbr. —, per Mai 23,80.

Bremen, 9. November. Petroleum. (Schlußbericht.) Ruhig. Standard white Loco 7,45 Br., per Dezember 7,60 Br., per Januar 7,70 Br., per Februar 7,70 Br., per März 7,70 Br., per August-Dezember 8,40 Br.

Hamburg, 9. November. Getreidemarkt. Weizen Loco flau, Termine ruhig. — Roggen Loco füll, Termine ruhig. — Weizen per Nov.-Dez. 230,00 Br., 229,00 Gd., per April-Mai 224,00 Br., 222,00 Gd., Roggen vor November-Dezember 180,00 Br., 179,00 Gd., per April-Mai 170,00 Br., 168,00 Gd., Hafer fest. Gerste matt. — Rüböl fest, Loco 58,00, per Mai 59,00. — Spiritus füll, per November 43, Br. per Dezember-Januar 43, Br., per Januar-Februar 43, Br., April-Mai 42, Br. — Kaffee fest, aber ruhig, Umsatz 3000 Sac. — Petroleum ruhig. Standard white Loco 7,90 Br., 7,70 Gd., per November 7,70 Br., per Dezember 7,85 Gd. — Wetter: Schön.

Best, 9. November. (Produktenmarkt.) Weizen Loco und auf Termine flau, per Frühjahr 12,62 Gd., 12,65 Br. — Hafer per Frühjahr 8,27 Gd., 8,30 Br. — Mais per Mai-Juni 7,27 Gd., 7,30 Br. — Kohlraps per August-September —. — Wetter: Prachtv.

Paris, 9. November. Rohzucker 88° Loco fest, 57,00 a 57,25. Weißer Zucker ruhig, Nr. 3 per 100 Kilogr. per Novbr. 65,30, per Dezember 65,80, pr. Januar-April 66,87.

Paris, 9. Novbr. Produktenmarkt. (Schlußbericht.) Weizen beh., per November 31,10, per Dezember 31,25, per Januar-April 31,30, per März-Juni 31,30. — Roggen fest, per November 23,00, per März-Juni 22,50. — Mehl 9 Marques behaupt, per November 65,00, pr. Dezember 65,50, per Januar-April 66,25, per März-Juni 66,25. — Rüböl ruhig, per Novbr. 82,00, per Dezember 82,75, per Januar-April 82,25, per März-Juni 78,75. — Spiritus ruhig, per Nov. 61,00, per Dezember 61,50, per Januar-April 63,00, per Mai-August 64,00. Wetter: Schön.

Petersburg, 9. November. Produktenmarkt. Tafel Loco 58,50, per August 60,00. Weizen Loco 16,00, Roggen Loco 11,40. Hafer Loco 5,10. — Hanf Loco 31,00. Leinat (9蒲) Loco 14,25. — Wetter: Milde.

Antwerpen, 9. November. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen weich. Roggen behauptet. Hafer behauptet. Gerste fest.

Antwerpen, 9. Novbr. Petroleum. Type weiß, Loco 18, bez. und Br., pr. Dezember 18, bez., 18, Br., vr. Januar 19, Br., per Januar-März 19 Br. Rubig.

Antwerpen, 8. November. Wollauktion. Die angebotenen 1994 Ballen wurden verkauft. Für austriatische Wollen wurde der Durchschnittspreis der letzten Londoner Auktionen gezahlt.

Amsterdam, 9. November. Banczium 60,2.

Amsterdam, 9. November. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Roggen pr. März 205, per Mai 198.

Amsterdam, 9. November. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen auf Termine niedriger, per November 323, per März 311. Roggen Loco und auf Termine unverändert, per März 204, pr. Mai 198. Raps pr. Frühjahr —. Rüböl Loco 32, pr. Herbst 32, pr. Frühjahr 32.

Weizen und Mehl schwach, andere Getreidearten stetig.

London, 9. November. Havannazucker Nr. 12 25, Rubig.

Liverpool, 9. November. Baumwolle. (Anfangsbericht.) Muthmaßlicher Umsatz 15,000 Ballen. Fest. Tagesimport 7,000 Ballen, davon 4,000 B. amerikanische. Middl. amerikanische November-Dezember-Lieferung 6,52, Januar-Februar-Lief. 6,5 d.

Liverpool, 9. Novbr. Baumwolle. (Schlußbericht.) Umsatz 15,000 Ballen, davon für Spekulation und Export 2000 Ballen. Fest. Middl. amerikanische Dezember-Januar-Lieferung 6,52 d.

Gull, 8. November. Getreidemarkt. We

## Produkten-Börse.

Berlin, 9. November. Wind: SW. Wetter: Sehr schön.  
Weizen per 1000 Kilo lolo 216—245 M., nach Qualität gefordert, sein gelb — M. ab Bahn bez., def. Poln. — M. ab Bahn per Nov. 233—234—233½ bez., ver Nov.-Dezember 226—227—126½ bez., per Dezember = Januar = M. bezahlt, per Januar-Februar = M. bezahlt, per April-Mai 223 Mark bez., per Januar-Februar = M. bezahlt. Gekündigt — Zentner. Regulierungspreis — Mark bez. Rogen per 1000 Kilo lolo 189—193 Mark nach Qualität gefordert; neu inländischer 191—192 ab Bahn bezahlt, hochfeiner 192½ M. ab Bahn bezahlt, flammer — M. ab Kahn bezahlt, alter do. — M. ab B. bez., russischer — Mark a. R. bezahlt, seiner — M. ab Bahn bez., defetter — M. ab Bahn bezahlt, ver November 185½—186 bis 185½ bezahlt, ver November-Dezember 179½—180½—179½ bezahlt, ver Dec.-Januar 178½—178½—178½ bez., per Januar-Februar = M. bezahlt, April-Mai 170½—170½ bez., Mai-Juni 167½—168—167½ bez., Gekündigt — Zentner. Regulierungspreis — M. — Gerste per 1000 Kilo lolo 156—200 M. nach Qualität gefordert. — Hafer per 1000 Kilo lolo 150—173 M. nach Qualität gefordert, russischer 152 bis 156 bezahlt, ost- und westpreußischer 155—162 bezahlt, pommerischer und Mecklenburger 158—161 bezahlt, schlesischer 158—163 bez., böhmischer 158—163 bezahlt, sein weiß mecklenburgischer — ab B. bez., per November 150½ Mark, per November-Dezember 149½ Mark, per Dec.-Januar — Br., per April-Mai 150½ bezahlt, per Mai-Juni 151 bezahlt. Gekündigt — Zentner. Regulierungspreis — Mark. — Erbsen per 1000 Kilo Kochware 184—212 M., Futterware 175 bis 183 M. — Mais ver 1000 Kilo lolo 149—155 nach Qualität gefor-

dert, per November 149 M., per November-Dezember 148 M., per April-Mai 141½ Mark bez., per Mai-Juni 140½ Mark. Gekündigt — Ztr. Regulierungspreis — bez. — Weizen emmeli per 100 Kilogramm brutto 00: 32,50—31,00 Mark. O: 30,00—29,00 M. 0/1: 29,00—28,00 Mark. — Roggen emmeli infl. Sac 0: 27,50 bis 26,50 Mark. 0/1: 26,00—25,00 Mark, per November 25,00—24,90 Mark bezahlt, per November-Dezember 24,30—24,20 Mark bezahlt, per Dezbr.-Januar 24,00—23,90 bez., per Januar-Febr. 23,85—23,75 bez., per Februar-März — bezahlt, per April-Mai 23,15—23,10 bez., Mai-Juni 22,85—22,80 bez., Juni-Juli — bez. Gekündigt — Ztr. Regulierungspreis — M. — Deli saat per 1000 Kilo Wintertraps — M. Wintertraps — Mark. — Rübel per 100 Kilo lolo ohne Fas 56,3 M., mit Fas 56,6 M., per November 56,7—56,9—56,8 bez., per November-Dezember 56,7—56,9—56,8 bez., Dezember-Januar 57,0 bez., per Januar-Februar — bezahlt, per Februar-März — bez., per März-April — bez., per April-Mai 57,7—57,8 bez., per Mai-Juni 58,0 M. Gekündigt — Ztr. Regulierungspreis — M. — Leinöl per 100 Kilo lolo — M. — Petroleum per 100 Kilo lolo 25,5 M., November 24,5—24,4 bez., November-Dec. 24,5—24,4 bez., Dezember-Januar 24,7—24,6 Mark, per Januar-Februar — Mark, per Februar-März — bezahlt, per April-Mai — Mark, per Mai-Juni — bezahlt. Gekündigt 2000 Zentr. Regulierungspreis 24,5 Mark. — Spiritus per 100 Liter lolo ohne Fas 49,9 bezahlt, per November 50,9—51,3 bezahlt, per November-Dezember 49,8—50,3 bezahlt, per Dezember-Januar 49,8—50,3 bezahlt, per Januar-Februar — M. bezahlt, per Februar-März — bez., per März-April — bezahlt, per April-Mai 51,5—51,8 bezahlt, per Mai-Juni 51,7—52,0 bezahlt. Gekündigt — (B. A. R.)

Berlin, 9. November. Die neu aufgetauchte Frage, den Rücktritt des Fürsten Biemack betreffend, beschäftigte die Börse, wie das leicht erklärlich ist, in hohem Grade, doch konnte sich keine bestimmte Meinung bilden und blieb die ganze Angelegenheit eben nur Gesprächsstoff, ohne auf den Verlauf des Geschäfts einen wesentlichen Einfluß zu gewinnen. Der Umfang des Verkehrs zeigte sich auch heute wieder auf das engste begrenzt und die Stimmung war, da mattre Wiener Notirungen vorlagen, anfänglich recht gedrückt. Die Versteifung am Geldmarkt ist im zunehmen begriffen und normierte sich der Zinsatz am offenen Markt auf 4½ Prozent, doch gab hierzu vergroßerte Geldnachfrage keineswegs die Veranlassung, sondern es ist mehr die Zurückhaltung der Diskontenre, welche den Geldpreis vertheuert. Welche Motive in Wien für die matte Haltung maßge-

## Fonds- u. Aktien-Börse.

Berlin, den 9. November 1881. Preußische Fonds- und Geld-

Comptee.

Preuß. Com. Anl.

do. neue 1876

105,60 M.

101,10 B.

100,70 B.

99,00 B.

102,25 B.

do. do.

95,60 G.

Schloß d. B. Kfm.

Wandschriften:

Berliner

108,10 B.

104,00 B.

100,30 G.

Kurz. u. Neumärk.

95,30 B.

do. neue

90,75 B.

100,75 B.

do. neue

90,50 G.

100,40 L.

do.

90,30 B.

100,49 B.

I. B.

II. Serie

Reuldsch. II. Serie

do. do.

103,00 B.

101,00 G.

Poensche, neue

100,20 B.

90,30 B.

100,80 G.

101,50 G.

Schlesische alt.

do. alte A.

do. neue I.

Rentenbriefe:

Kurz. u. Neumärk.

100,30 B.

100,20 B.

100,20 B.

100,50 B.

100,40 B.

101,00 B.

20-Frankfurt.

do. 500 Gr.

Dollars

Imperials

do. 500 Gr.

Engl. Banknoten

do. einlösbar. Leipzig.

Französisch. Banknot.

Desterr. Banknot.

do. Silbergulden

Russ. Noten 1000 Rubl.

Deutsche Fonds.

Deutsch. Reichs-Anl.

P.-A. v. 55 a 100 Th.

Vest. Prich. a 10 Th.

Bad. Pr. a. 87

134,25 B.

do. 35 L. Oblig.

Bayr. Präm.-Anl.

135,40 B.

Braunsch. 20 thl.-L.

101,50 B.

Brem. Anl. v. 1874

100,50 G.

Görl.-Wd.-Anl.

130,75 B.

Dest. St.-Pr.-Anl.

126,25 B.

Bot. Pr.-Pfdbr.

121,90 B.

do. II. Abh.

119,25 B.

191,00 B.

Lübecker Pr.-Anl.

181,00 B.

Metall. Eisenbahn.

94,00 G.

Meining. Poste.

27,00 B.

do. Pr.-Pfdbr.

121,00 B.

Oldenburger Poste.

150,40 B.

do. do.

104,50 G.

Doth. Hypoth. unf.

103,80 G.

do. do.

102,00 B.

Mein. Hyp.-Pr.

101,25 G.

Ardo. Gdfr.-G.-R.

92,25 B.

Bomm.-H.-Wdbr.

5.

## Ausländische Fonds.

Amerik. gel. 1881

do. do. 1885

do. Bds. (fund.)

Norweger Anleihe

do. do. v. 1884

do. do. v. 1884